

Dringliche Anfrage

Fraktion der CDU

Hannover, den 18.01.2016

Grüne Regierungsverantwortung in Hessen und Niedersachsen - Fatal für den ökologischen Zustand der Weser?

In der vergangenen Woche war bekannt geworden, dass in Hessen das Raumordnungsverfahren für den Bau einer Oberweserpipeline eingeleitet worden war. Ziel dieses Vorhabens ist es, die bei der Kaliproduktion anfallenden Abwässer mittels dieses Bypasses über die Weser zu entsorgen. Der niedersächsische Umweltminister Wenzel hatte sich am 11. Januar 2015 gegenüber dem *Weserkurier* gegen diese Pläne ausgesprochen, wie das folgende Zitat des Ministers belegt: „Ob das Regierungspräsidium hier dreist oder dumm gehandelt hat, konnte bisher nicht geklärt werden.“ Er kündigte in einer Pressemitteilung vom 14. Januar 2016 an, die Pläne seiner grünen Amtskollegin in Hessen nicht akzeptieren zu wollen.

Auf Initiative der CDU-Fraktion hat der Niedersächsische Landtag die Landesregierung bereits im Oktober 2014 mit großer Mehrheit u. a. dazu aufgefordert,

- sich gegenüber dem Land Hessen mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass das Land Hessen seiner Verantwortung als zuständige Genehmigungsbehörde für die Entsorgung der Produktionsabwässer gerecht wird und die Grenzwerte stufenweise so verschärft, dass die Qualitätsziele der Wasserrahmenrichtlinie bis spätestens 2027 erreicht werden,
- keinem Bewirtschaftungsplan für die Flussgebietsgemeinschaft Weser zuzustimmen, der eine Einleitung von Produktionsabwässern der Kaliförderung in die Weser mittels einer Pipeline vorsieht,
- sicherzustellen, dass im nächsten Bewirtschaftungsplan für die Flussgebietsgemeinschaft Weser alle technischen Möglichkeiten zur Reduzierung der Salzbelastung von Werra und Weser aufgenommen werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche konkreten Schritte wird die Landesregierung einleiten, um den Bau der Pipeline zu verhindern?
2. Welche Konsequenzen hatte die Enthaltung Niedersachsens im Weserrat für die Entsorgungslösung?
3. Inwiefern hat sich der niedersächsische Umweltminister in persönlichen Gesprächen mit seiner hessischen Amtskollegin für eine für Niedersachsen akzeptable Lösung eingesetzt?

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 18.01.2016)